



## Antrag P 14

### **Titel: Interkulturelle Öffnung**

### **Antragsteller: Präsidium**

#### Die Landeskonferenz möge beschließen:

1. Der AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V. fordert die Landesregierung auf,
  - dass alle zugewanderten Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer Aufenthaltsdauer, einen Rechtsanspruch auf Integrationskurse erhalten.
  - Fachberatung muss alle erreichen und den jeweiligen Bedarfen gerecht werden, dafür braucht es in Schleswig-Holstein einen Rechtsanspruch auf behördenunabhängige Beratung sowie Spracherwerbsangebot für alle Einwanderer\*innen von Anfang an.
  - Asylsuchende nach max. zwei Wochen auf die Kreise und kreisfreien Städte zu verteilen. Sofern eine Unterbringung in Sammelunterkünften nicht zu vermeiden ist, ist dort auf den Schutz der Privatsphäre und den Schutz vor Gewalt besonders zu achten.
  - eine Gesundheitsversorgung für alle Menschen zu ermöglichen inkl. der Überwindung von Sprachbarrieren und dem Zugang zu Informationen und Orientierung.
2. Der AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V. fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Umsetzung einzusetzen:
  - Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden, damit alle Menschen gleichermaßen den Zugang zu den regulären Sozialleistungssystemen erhalten und kein Mensch unter dem menschenwürdigen Existenzminimum leben muss.
  - in Deutschland geborene Kinder sollen die deutsche Staatsbürgerschaft unabhängig von der Staatsbürgerschaft und vom Aufenthaltsstatus der Eltern erhalten können.
  - Einbürgerungshürden müssen abgeschafft werden. Mehrfache Staatsbürgerschaften müssen möglich sein.
  - Aktives und passives Wahlrecht muss auf kommunaler Ebene, Landes-, Bundes- und EU-Ebene für alle gegeben sein, die ihren Lebensmittelpunkt mindestens seit drei Jahren in Deutschland haben.

#### Begründung:

Die Arbeiterwohlfahrt in Schleswig-Holstein tritt für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen mit ihren Biografien in Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz zusammenleben. Vielfalt stärkt Schleswig-Holstein. Es sollen diejenigen ermutigt werden, die für Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Zusammenhalt eintreten. Krieg, Gewaltherrschaft und die Klimakrise werden auch zukünftig Menschen zur Flucht zwingen. Sprache und Bildung sind der Schlüssel zum selbstbestimmten Leben, zu einer qualifizierten beruflichen Position, zu gesellschaftlicher Inklusion und der damit verbundenen Orientierung an gemeinsamen Werten.

---



Menschen, die Diskriminierung und Rassismus erfahren, müssen Fachberatungen als sichere Räume erleben, in denen kompetente Fachkräfte ihre Erlebnisse wahrnehmen, anerkennen und mit ihnen gemeinsam Wege der Bearbeitung finden.

Die repräsentative Demokratie funktioniert nur, wenn sich auf allen Ebenen die vielfältigen Erfahrungen, Perspektiven und Identitäten, die die Gesellschaft ausmachen, auch in der Politik spiegeln. Menschen mit Migrationsbiografie gestalten das Land dabei gleichberechtigt mit und sind keine Objekte politischer Fürsorge. Interkulturelle Öffnung und ein wirksamer Schutz vor Diskriminierung sind dabei zentrale Voraussetzungen.